WP-2-606 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 606 bis 618:
~~Die bisherige Praxis beim Abbau von Locker- und Festgesteinen wie Sand, Kies, Kalk oder Schiefer führt letztlich dazu, dass die Rohstoffunternehmen einen Freifahrtschein für die Erschließung neuer Abbauflächen haben. Die Verantwortung, die steigenden Flächenansprüche der Industrie zu bedienen, wälzt das Land NRW auf die regionalen Planungsbehörden ab. Damit machen wir Schluss. Mit unserer Reform des Landesentwicklungsplans werden wir die Abbauplanung für Locker- und Festgesteine – analog zur Abbauplanung für Braunkohle – auf das zuständige Landesministerium übertragen. Fehlanreize bauen wir durch eine neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt. Zusätzlichen Flächenbedarf bemessen wir nicht länger anhand zurückliegender Abbaumengen, sondern am zukünftigen Bedarf unserer heimischen Bauindustrie.~~

Wir unterstützen die Forderungen des Niederrheinappells von 2019. Dazu gehört unter anderem eine jährliche Reduzierung der Abbaumenge um 5%. Zur Entlastung bei der Ausweisung neuer Flächen und zur Vermeidung weiteren Fakten-Schaffens sind kurzfristig im Landesentwicklungsplan die Versorgungszeiträume von 25 Jahren wieder auf maximal 15 Jahre zu reduzieren, wobei der regionale Bedarf unserer heimischen Bauindustrie und nicht zurückliegende Abbaumengen Grundlage der Berechnung sein muss. Fehlanreize bauen wir durch diese neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt. Wir werden die Zuständigkeit für die Landes- und Raumplanung von der Staatskanzlei wieder in das Umweltministerium verlagern, um die Entwicklung des Landes an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

Begründung

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt. Ein schrittweiser Umstieg in eine Kreislaufwirtschaft durch verbessertes Bauschutt-Recycling und andere Baustoffe ist möglich.